

SCHLUSSFOLGERUNGEN DES VORSITZES
UEBER DIE BERATUNGEN DES EUROPÄISCHEN RATES
BRÜSSEL, 21./22. MÄRZ 1983

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Der Europäische Rat hat die weitere Anwendung der umfassenden Gemeinschaftsstrategie geprüft im Hinblick auf die Wiederherstellung wirtschaftlicher Stabilität, die Förderung der Produktionstätigkeit und einen Beitrag zu einem Klima der Expansion der Märkte ohne neuerliche Inflation, und damit die Schaffung dauerhafter Arbeitsplätze und die mögliche Prüfung der Frage der Arbeitszeit.

Der Europäische Rat ist sich besonders darin einig, dass alle Mitgliedstaaten und die Gemeinschaft jetzt wirksame Massnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungssituation Jugendlicher ergreifen müssen. Er nimmt zur Kenntnis, dass die Kommission beabsichtigt, konkrete Vorschläge zu unterbreiten, und bittet den Rat, dem Europäischen Rat im Juni einen Bericht über die sowohl auf einzelstaatlicher als auch auf Gemeinschaftsebene erreichten Fortschritte vorzulegen.

Der Europäische Rat begrüsst den Bericht des Rates (Allgemeine Angelegenheiten) über die Verfolgung der vorrangigen Ziele, die er auf seiner Tagung im Dezember 1982 in Kopenhagen festgelegt hat.

Der Europäische Rat vermerkt die erreichten Fortschritte auf dem Gebiet des Binnenmarktes. Er betont die Notwendigkeit, vor Juni Beschlüsse auf allen in Kopenhagen festgelegten vorrangigen Gebieten zu fassen. Der Europäische Rat stellt mit Genugtuung fest, dass das Arbeitsprogramm des Rates auch das Versicherungswesen und sonstige Dienstleistungen einschliesst.

Er bittet darum, dass der Rat mit gleichem Vorrang zu den Vorschlägen der Kommission für die Stärkung der Instrumente der gemeinsamen Aussenhandelspolitik Stellung nimmt.

Der Europäische Rat stellt fest, dass bis zur Juni-Tagung des Europäischen Rates weitere konkrete Beschlüsse auch in der Energiepolitik, der Forschungs- und der Entwicklungspolitik gefasst werden können.

.../...

Er bittet den Rat (Wirtschafts- und Finanzfragen), seine Arbeit in bezug auf die Entwicklung der Investitionen fortzusetzen.

Der Rat ist der Auffassung, dass die Entwicklung der Produktionskapazität der europäischen Industrie unter den Bedingungen internationaler Wettbewerbsfähigkeit für die Gemeinschaft von hervorragender Notwendigkeit ist.

Er vermerkt, dass die Kommission in naher Zukunft Vorschläge machen wird, die es ermöglichen, bessere Voraussetzungen für die Entwicklung neuer Informations- und Fernmeldetechnologien und neuer Biotechnologie zu schaffen.

Der Europäische Rat hat eine Reihe spezifischer Gebiete erörtert, auf denen ein wirksameres gemeinsames Vorgehen dringend erforderlich ist.

- Er ist sich einig, dass die gegenseitige Anerkennung der Diplome ein wichtiger Schritt zur Schaffung befriedigender Bedingungen für die Ausübung einer Anzahl Berufe ist.
- Der Europäische Rat bittet die Minister für Bildungswesen, ihre Arbeit zur Schaffung der nötigen Voraussetzungen für greifbare Ergebnisse auf diesem Gebiet zu beschleunigen.
- Der Europäische Rat bittet den Rat ferner, die Prüfung einer Reihe von Vorschlägen für Richtlinien zum Niederlassungsrecht und zum freien Dienstleistungsverkehr zu beschleunigen, um diese Arbeit so bald wie möglich erfolgreich abzuschliessen.
- Der Europäische Rat ist sich einig, dass der Schaden, den der saure Regen an den Waldbeständen angerichtet hat, wirksame grenzübergreifende Massnahmen dringend erforderlich macht. Er bittet deshalb den Rat, Vorschläge für Massnahmen in der Gemeinschaft und im Rahmen der ECE, die die Kommission angekündigt hat, schnell und aufgeschlossen zu prüfen. Er bittet den Rat, ihm für seine Juni-Tagung einen Zwischenbericht über den Stand dieses Problems vorzulegen.

- Der Europäische Rat bittet den Rat, die Entwicklung einer gemeinschaftlichen Verkehrspolitik zu beschleunigen; im Rahmen der Beschlussfassung auf dem Gebiet des Binnenmarktes ist dabei einer Verbesserung der Grenzformalitäten besondere Beachtung zu schenken.

Für die erfolgreiche Durchführung seiner Beschäftigungsstrategie betont der Europäische Rat die Bedeutung entscheidender Fortschritte. Der Rat sollte zu einem konstruktiven Dialog zwischen Rat und Europäischem Parlament über dieses Thema beitragen.

WIRTSCHAFTSGIPFEL IM MAI 1983 IN WILLIAMSBURG

Der Europäische Rat bittet den Rat, die Standpunkte der Gemeinschaft für den Wirtschaftsgipfel in Williamsburg vorzubereiten, die es der Gemeinschaft ermöglichen, einen wesentlichen Beitrag zur Unterstützung der sich abzeichnenden Erholung der Weltwirtschaft, die für die Entwicklungsländer besonders bedeutsam ist, durch die konzertierten Politiken der Gipfelteilnehmer zu leisten. In diesem Zusammenhang misst der Europäische Rat der Erhaltung und weiteren Stärkung des Welthandels einschliesslich des Handels mit der dritten Welt als Bestandteil einer Politik zur Schaffung eines günstigen Klimas für den Warenabsatz ohne erneute Inflation grosse Bedeutung bei.

Er ist insbesondere der Auffassung, dass die Aufrechterhaltung eines echten Dialogs zwischen Europa und den Vereinigten Staaten im Bereich des Handels mit Agrarerzeugnissen nur möglich ist auf der Grundlage beiderseitiger Respektierung der im Anschluss an die Tokio-Runde getroffenen Abmachungen.

Der Europäische Rat ist der Auffassung, dass die fallenden Oelpreise einen positiven Beitrag zur Erholung der Weltwirtschaft darstellen, sofern diese Entwicklung und ihre Folgen unter Kontrolle gehalten werden. Wichtig ist ferner, dass Schritte unternommen werden, um sicherzustellen, dass diese Entwicklung nicht die erfolgreiche Fortsetzung der Bemühungen um Energieeinsparungen und die Entwicklung neuer Energiequellen gefährdet.

.../...

ERWEITERUNG

Der Europäische Rat hat den Bericht des Rates (Allgemeine Angelegenheiten) über den Fortschritt der Arbeiten bezüglich der von der Kommission vorgelegten Bestandsaufnahme und der Verhandlungen mit Spanien und Portugal zur Kenntnis genommen. Er bittet den Rat, seine Arbeit fortzusetzen, damit ausgewogene Beschlüsse getroffen werden können.

Der Europäische Rat fordert, dass bei den Verhandlungen mit Spanien und Portugal nunmehr wesentliche Fortschritte gemacht werden, und ersucht den Rat, alle Anstrengungen im Hinblick darauf zu machen.

Der Europäische Rat rechnet damit, dass der Rat (Allgemeine Angelegenheiten) noch vor Juni über wesentliche Fortschritte sowohl bei den in der Bestandsaufnahme aufgeführten Themen als auch bei den Verhandlungen mit Spanien und Portugal wird berichten können.

Der Europäische Rat will auf seiner nächsten Tagung die Bilanz der Lage bei den Erweiterungen ziehen und politische Leitlinien für den Abschluss dieser Verhandlungen geben.

Der Europäische Rat hat von den Beratungen Kenntnis genommen, die über die Anpassung der Regeln für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse des Mittelmeerraumes geführt worden sind.

Er bekräftigt nach Überprüfung dieser Angelegenheit seine Ansicht, dass entsprechende Beschlüsse gefasst werden sollten, damit die Gemeinschaft bei den Verhandlungen über den Beitritt Spaniens und Portugals weitere Fortschritte erzielen kann.

Der Europäische Rat fordert daher den Rat der Landwirtschaftsminister auf, so bald wie möglich unter Berücksichtigung der nachstehenden Faktoren die notwendigen Beschlüsse zu fassen:

.../...

Auf dem Olivenölsektor muss eine lange Uebergangszeit vorgesehen werden.

Für den Sektor Obst und Gemüse sollten auf der Grundlage der Kommissionsvorschläge, ergänzt durch Bestimmungen, die die Aufrechterhaltung der traditionellen Handelsströme mit Drittländern gewährleisten und die Respektierung des freien Warenverkehrs garantieren, Kompromisse gefunden werden.

Der Europäische Rat äussert seine Ueberzeugung, dass jede Regierung bereit sein muss, einen Schritt in Richtung der anderen zu tun, um den Weg für einen Gesamtkompromiss freizumachen.

.../...

FINANZIELLE RESSOURCEN DER GEMEINSCHAFT UND DAMIT
ZUSAMMENHÄNGENDE FRAGEN

Der Europäische Rat nimmt Kenntnis von dem Bericht über die Arbeit an der Mitteilung der Kommission über die künftige Finanzierung der Gemeinschaft. Er nimmt ferner Kenntnis von der Absicht der Kommission, so bald wie möglich Einzelvorschläge vorzulegen. Er erwartet, dass diese Vorschläge die Entwicklung der Politiken der Gemeinschaft, die mit der Erweiterung zusammenhängenden Fragen, die Unausgewogenheiten im Haushalt und die Notwendigkeit einer strengeren Haushaltsdisziplin berücksichtigen werden. Er ersucht den Rat (Allgemeine Angelegenheiten), diese Vorschläge zu erörtern und dem Europäischen Rat im Juni über seine Schlussfolgerungen Bericht zu erstatten.

Der Europäische Rat kommt Überein, dass dieser Bericht auch Schlussfolgerungen über die sogenannte Folgelösung entsprechend der Zusage enthalten soll, die die Minister für auswärtige Angelegenheiten am 25. Mai und 26. Oktober 1982 hinsichtlich des Ausgleichs für das Vereinigte Königreich gemacht haben. Die entsprechenden Zahlen für 1983 werden in den Entwurf des Haushaltsplans der Gemeinschaft für 1984 aufgenommen.

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zum Nahen Osten

Der Europäische Rat hat die Lage im Nahen Osten, einschließlich Libanon, und den Krieg zwischen Iran und Irak erörtert.

o o

Die Zehn sind zutiefst besorgt über das anhaltende Ausbleiben von Fortschritten in Richtung auf einen Frieden zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn. Sie sind überzeugt, daß alle Parteien die ihnen jetzt gebotene Gelegenheit zur Verwirklichung der beiden vordringlichsten Ziele, nämlich des Rückzugs aller ausländischen Streitkräfte aus Libanon und die Wiederaufnahme der Verhandlungen im Hinblick auf eine umfassende Friedensregelung, ergreifen müssen.

Die Zehn bestätigen die Unterstützung, die sie dem souveränen und unabhängigen Staat Libanon und seiner Regierung gewähren, die dringend in die Lage versetzt werden sollte, ihre Hoheitsrechte über ihr gesamtes Gebiet ohne Einschränkung wiederherzustellen. Voraussetzung dafür ist der sofortige Rückzug der Streitkräfte Israels, Syriens und der PLO. Die Zehn unterstützen die Bemühungen der Vereinigten Staaten um die Verwirklichung dieses Ziels. Sie rufen alle Betroffenen auf, die Verhandlungen unverzüglich abzuschließen. Sie unterstützen weiterhin die Friedensrolle der Vereinten Nationen und der multinationalen Truppen in Libanon.

Die dem Vorgehen der Zehn im Hinblick auf umfassendere Friedensverhandlungen zugrunde liegenden Prinzipien, wie sie mehr als einmal in den vorangegangenen Erklärungen dargelegt worden sind, sind nach wie vor gültig. Ein dauerhafter Frieden kann nur auf dem Recht auf eine sichere Existenz aller Staaten der Region einschließlich Israels und auf Gerechtigkeit für alle Völker, einschließlich des Rechts des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung, mit allem was dies beinhaltet, aufgebaut werden. Diese Rechte müssen von den Beteiligten

.../...

selbst gegenseitig anerkannt werden. An den Verhandlungen müssen sich alle betroffenen Parteien einschließlich des palästinensischen Volkes, beteiligen; die PLO muß zu diesen Verhandlungen hinzugezogen werden. Auf Androhung oder Anwendung von Gewalt muß von allen verzichtet werden.

Präsident Reagan's Initiative vom 1. September 1982 hat einen Weg zum Frieden gewiesen, und das Arabische Gipfeltreffen in Fes hat gezeigt, daß die Bereitschaft dazu besteht. Es geht nun darum, über Grundsatzzerklärungen hinauszukommen und Mittel und Wege zu finden, um die verschiedenen Friedensvorschläge miteinander in Einklang zu bringen und zu verwirklichen. Die Schlußfolgerungen der jüngsten Tagung des Palästinensischen Nationalrates können und sollten zu dem Friedensprozeß beitragen. Die Zehn begrüßen daher die Gespräche zwischen Jordanien und der PLO. Das palästinensische Volk und die PLO sollten diese Gelegenheit nutzen und sich für Friedensverhandlungen aussprechen. Dies wäre ein bedeutender Schritt vorwärts, auf den nach Auffassung der Zehn alle Beteiligten konstruktiv reagieren sollten.

Die Zehn setzen ihre Hoffnung darauf, daß die arabischen Staaten das ihre dazu beitragen werden, indem sie diejenigen unterstützen, die eine politische Lösung für die Forderungen des palästinensischen Volkes anstreben.

Die Bemühungen der USA werden weiterhin unerlässlich sein, um die Voraussetzungen zu schaffen, unter denen die Verhandlungen beginnen können.

Vor allem aber ist für Israel die Zeit gekommen, zu zeigen, daß es zu echten Verhandlungen auf der Grundlage der Entschliessungen 242 und 338 des Sicherheitsrates bereit ist, und zwar in erster Linie, indem es von der Vergrößerung bestehender und Gründung neuer Siedlungen Abstand nimmt. Die Siedlungen verstoßen gegen das Völkerrecht und behindern die Friedensbemühungen in bedeutendem und zunehmendem Maße.

Der Nahe Osten ist eine Region, mit der die Zehn seit langem eng verbunden sind und an deren Zukunft sie ein starkes Interesse haben. Sie wollen die Verbindung zu allen Beteiligten aufrechterhalten und ihren Einfluß nutzen, um eine Bewegung in Richtung auf Kompromisse und ausgehandelte Lösungen zu fördern. Sie sind überzeugt, daß dies im wohlverstandenen Interesse der Länder und Völker der Region, der Zehn selbst und der gegenseitigen Beziehungen liegt.

o

o o

Die Zehn brachten erneut ihre wachsende Besorgnis über den andauernden Konflikt über Iran und Irak zum Ausdruck, der eine immer ernstere Bedrohung für die Sicherheit und Stabilität der gesamten Region darstellt.

Die Zehn bedauern tief, daß es keiner der bisher unternommenen Friedensinitiativen gelungen ist, eine Einstellung der Kämpfe zu erreichen. Sie rufen zu einem Waffenstillstand, der Einstellung aller militärischen Aktivitäten und dem Rückzug der Streitkräfte auf international anerkannte Grenzen auf, ebenso wie zu einer gerechten und ehrenvollen Lösung, ausgehandelt in Übereinstimmung mit den Entschlüssen des UN-Sicherheitsrates und für beide Seiten annehmbar.